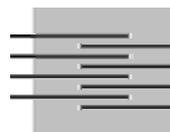


Information und Dialog bei der Standortsuche von Mobilfunkanlagen

Ein Praxisleitfaden



Baden-Württemberg
SOZIALMINISTERIUM



**AKADEMIE FÜR
TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG
IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Impressum

Herausgeber

Sozialministerium Baden-Württemberg
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart

Tel: 0711/123-0

Internet: www.sozialministerium-bw.de

Autoren

Hans Kastenholz & Christina Benighaus
Querschnittsbereich Diskurs
Akademie für Technikfolgenabschätzung
in Baden-Württemberg
Industriestr. 5
70565 Stuttgart

Telefon: 0711/9063-0

Fax: 0711/9063-175

Internet: www.ta-akademie.de

Bildnachweis

Mit freundlicher Genehmigung der OECD. Übernommen aus: Citizens as Partners: OECD Handbook on Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making, p. 17, 27 and 40. Illustrated by Laszlo QUITT. Copyright OECD, 2001.

Vorwort

In den vergangenen Jahren hat sich in der Bevölkerung eine hohe Sensibilität gegenüber möglichen Gesundheitsgefahren durch Umwelteinflüsse entwickelt. So treten auch beim Ausbau der Netzinfrastruktur des Mobilfunks immer wieder Konflikte auf. Eine Ursache liegt darin, dass dem wachsenden Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nicht immer entsprochen wurde. Deshalb setzt sich das Sozialministerium für einen Dialog aller Betroffenen ein, um die Entscheidungen über die Wahl der Mobilfunkstandorte transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

Eine wichtige Voraussetzung für diesen Dialogprozess ist inzwischen erfüllt, da die Mobilfunknetzbetreiber die im Jahr 2001 mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffene „Vereinbarung über den Informationsaustausch und Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ bereits umgesetzt haben.

So konnte erstmalig in Baden-Württemberg in Balingen ein öffentlicher Diskurs über die Wahl von zwei Standorten durchgeführt werden. Auf Initiative des Sozialministeriums haben sich der Betreiber (Vodafone D2 GmbH), die Behörden und die Bürgerinitiativen unter Moderation der Akademie für Technikfolgenabschätzung auf alternative Standorte geeinigt. Dieses Modellprojekt ist richtungweisend. Dabei konnte gezeigt werden, wie eine angemessene Beteiligung der Betroffenen an der Entscheidungsfindung erfolgen kann.

Im Praxisleitfaden „Information und Dialog bei der Standortsuche von Mobilfunkanlagen“ werden die Eckpfeiler für einen erfolgreichen Kommunikationsprozess dargelegt und die Erkenntnisse und Erfahrungen aus diesem Projekt wiedergegeben. Er zeigt somit Handlungsmöglichkeiten, um einen fairen und rationalen Dialog vermitteln zu können.

Im November 2003

Sozialministerium
Baden-Württemberg

Inhalt

	Seite
Wozu dient dieser Leitfaden?	1
Teil 1	
Standortkommunikation: Praktische Anleitung	3
I Wann kommunizieren?	3
II Mit wem kommunizieren?	4
III Was kommunizieren?	5
IV Wie kommunizieren?	6
Teil 2	
Die einzelnen Verfahrensschritte: ein Fallbeispiel	9
I Planen und Vorbereiten	9
II Durchführen	11
III Umsetzen und Auswerten	15
IV Begleitende Öffentlichkeitsarbeit	16
Fazit	18
Literatur	19
Adressen & Links	20

Wozu dient dieser Leitfaden?

Das mobile Telefonieren wird nicht nur im geschäftlichen, sondern auch im privaten Bereich immer mehr zum Bestandteil des täglichen Lebens. Bereits im Jahr 2000 hat die Zahl der Mobilfunkteilnehmer die Zahl der Festnetzanschlüsse übertroffen. Die ständig wachsende Zahl der Mobilfunknutzer macht allerdings auch einen steten Ausbau des Netzes notwendig. Derzeit gibt es rund 50.000 Mobilfunkanlagen in Deutschland. Mit dem Erwerb der UMTS-Lizenzen haben sich die Netzbetreiber verpflichtet, bis Ende 2003 für mindestens 25 Prozent der Bevölkerung und bis 2005 für 50 Prozent einen Empfang mit UMTS-Netz zu ermöglichen. Für den UMTS-Ausbau wird mit weiteren 40.000 Sendeanlagen gerechnet.

Trotz des weiten Verbreitungsgrades und der hohen Kaufbereitschaft von mobilen Telefonanlagen stoßen die Sendeanlagen in der Bevölkerung auf Skepsis und teilweise auf großen Widerstand. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen wie zum Beispiel:

- // Ängste und Sorgen wegen möglicher Gesundheitsrisiken von Mobilfunk,
- // Unterschiedliche Wahrnehmungen des Mobilfunkrisikos durch Experten und Laien,
- // wahrgenommene Glaubwürdigkeits- und Vertrauensdefizite,
- // Informationsdefizite bei der Standortplanung,
- // zu wenig Mitsprachemöglichkeiten bei der Standortsuche,
- // Interessenskonflikte zwischen Bürgern, kommunalen Entscheidungsträgern und Betreibern,
- // Verletzung des Fairnessgebots - einer hat den Nutzen (z.B. Grundstückseigner), alle tragen das potenzielle Risiko,
- // Akzeptanzprobleme von UMTS-Anwendungen,
- // Errichtung von Anlagen auf Einrichtungen für sensible Personengruppen (wie z. B. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser),
- // negative Auswirkungen auf das Stadt- und Landschaftsbild.

Vor diesem Hintergrund haben die kommunalen Spitzenverbände und Mobilfunknetzbetreiber im Jahr 2001 eine „Vereinbarung über den Informationsaustausch und Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ getroffen. Ziel der Vereinbarung war es, vorhandene Informationsdefizite zu reduzieren, Konflikte bei der Installation neuer Sendeanlagen zu vermeiden und einvernehmliche Regelungen zu treffen.

Auch wenn sich die Zusammenarbeit zwischen Mobilfunkbetreibern und Kommunen im vergangenen Jahr deutlich verbessert hat und erste sichtbare Früchte zeigt, verläuft die Standortwahl nicht immer konfliktfrei. Notwendig ist, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zukünftig stärker als bisher zu informieren und in die Standortplanung einzubeziehen.

Wer ist „wie und wann“ zu beteiligen? Welche Rahmenbedingungen müssen für eine erfolgreiche Umsetzung erfüllt sein? Wann ist eine Informationsveranstaltung sinnvoll, wann ein Dialogverfahren? Wie muss ein Verfahren gestaltet sein, dass es eine sachlich fundierte, praktikable und faire Lösung bei Standortkonflikten verspricht?

Auf all diese Fragen versucht der vorliegende Leitfaden eine Antwort zu geben. Er richtet sich insbesondere an die Gesundheitsämter, die Stadtplanungs- und Liegenschaftsämter sowie die verantwortlichen Entscheidungsträger (Gemeinderäte, Ortsvorsteher, Bürgermeister etc.).

Sie alle sind häufig in mehrfacher Hinsicht gefordert: Ob als Adressat für die Ängste und Sorgen der Bürger, als Ansprechpartner für die Betreiber, als Bereitsteller einer modernen technischen Infrastruktur, als Verwalter öffentlichen Grundbesitzes, als Hüter des Gemeinwohls oder als Informationsstelle.

Ziele des Leitfadens

Der Leitfaden „Information und Dialog bei der Standortsuche von Mobilfunkanlagen“ hat folgende Ziele:

- // Er möchte zeigen, dass Information und Dialog wichtig bei der Planung eines Standortes sind.
- // Er soll als Orientierungshilfe dienen, wie bei der Standortplanung durch Information und Dialog Konflikten vorgebeugt werden kann bzw. diesen zu begegnen sind.
- // Er möchte an einem konkreten Beispiel einzelne Schritte eines kommunikativen Verfahrens zur Standortsuche aufzeigen und praktische Tipps zur erfolgreichen Umsetzung geben.

Aufbau des Leitfadens

Die Broschüre gliedert sich in zwei Teile:

- Im Teil 1 werden die Eckpfeiler für einen erfolgreichen Kommunikationsprozess in Theorie und Praxis anhand von Schlüsselfragen vorgestellt und diskutiert.
- Teil 2 illustriert an einem Fallbeispiel die einzelnen Verfahrensschritte von der Planung bis zur Umsetzung. Ebenso werden hilfreiche Praxistipps gegeben.

Teil 1

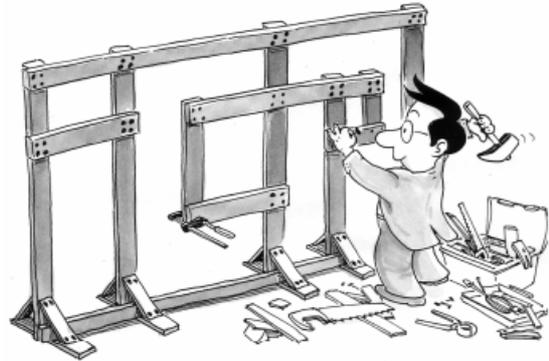
Standortkommunikation: Praktische Anleitung

Für eine sach- und adressatengerechte Kommunikation sollten bei der Suche nach einem Mobilfunkstandort

- // der genaue Zeitpunkt (wann?),
- // die Zielgruppen (mit wem?),
- // der Inhalt (was?)
- // sowie die Art der Information und des Dialogs (wie?)

geplant werden.

Das folgende Kapitel gibt eine praktische Anleitung, wie eine Standortkommunikation zu gestalten ist und worauf im Einzelnen geachtet werden sollte.



I Wann kommunizieren?

Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen die Technik des Mobilfunks, ohne sich über die Notwendigkeit von Sendeanlagen und deren Standorte große Gedanken zu machen. In einigen Teilen der Bevölkerung bestehen jedoch Befürchtungen und Ängste über möglicherweise noch nicht absehbare Auswirkungen elektromagnetischer Felder (EMF). Die Planung von neuen Basisstationen kann daher massiven Widerstand auslösen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, *frühzeitig* einen vertrauensbildenden Verständigungsprozess einzuleiten, in dem offene Sachfragen zur Standortplanung geklärt und auf die Sorgen der Bürger eingegangen wird.

Schlüsselfragen „Wann?“

- // Wann und in welcher Form soll über die Standortplanung informiert werden? Wie groß ist der Informationsbedarf?
- // Wann ist eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit angebracht?
- // Wie lange ist der Planungszeitraum des Investors? Bis wann sollte die Planung abgeschlossen sein?

Wer nicht informiert und beteiligt wird, stimmt nicht zu

Vertrauens- und Verständnisbildung sind die zentralen Voraussetzungen einer guten Standortkommunikation. Wird nicht frühzeitig und ausgewogen informiert, kann es schnell zu Polarisierung von Meinungen, zur Frontenverhärtung oder sogar zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen. Aus dieser Sackgasse ist es dann schwer, wieder herauszufinden. Es ist einfacher, die Menschen bereits bei Ihrer Meinungsbildung zu unterstützen, als ihre Meinungen nachträglich zu ändern.

Wächst der öffentliche Druck, ist es wichtig, „die Begleitsignale“ rechtzeitig zu erkennen und eine sachliche Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Ein frühzeitiger Dialog trägt dazu bei,

- /// Falschinformationen richtig zu stellen und Missverständnisse aus dem Weg zu räumen,
- /// Vorurteile abzubauen und
- /// Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu stärken.

Besonders ist darauf zu achten, dass der Informationsbedarf der Öffentlichkeit rechtzeitig abgeschätzt wird. d.h. herauszufinden, welche Information zu welchem Zeitpunkt ausgetauscht werden muss.

II Mit wem kommunizieren?

Für eine wirksame Standortkommunikation ist es wichtig, rechtzeitig zu klären, wer die Hauptbeteiligten sind, d. h. herauszufinden,

- /// wer ein besonderes Interesse am Thema hat,
- /// wer sachliche Auskünfte zur Verfügung stellen kann, oder
- /// wer eine tragende Rolle bei der Bewusstseins- und Konsensbildung spielen könnte.

Schlüsselfragen „Mit wem?“

- /// *Wer plant den Standort?*
- /// *Welche Behörden sind für die Planung, Koordination und Genehmigung zuständig und können Auskunft geben?*
- /// *Wer hat vor Ort Interesse am Thema Standortplanung? Wer sollte beteiligt werden?*
- /// *Wer kann die Rolle des neutralen Vermittlers übernehmen?*
- /// *Wer ist an der Meinungs- und Bewusstseinsbildung in der Kommune beteiligt?*
- /// *Wer kann über die aktuelle „Stimmungslage“ (Ängste, Befürchtungen, Motive) Auskunft geben?*

Diese Personen und relevante gesellschaftliche Gruppen in der Kommune ausfindig zu machen, ist nicht immer einfach und erfordert oftmals viel Zeit und Energie.

Adressatengerechte Information

Bevor Informationen zusammengestellt und verteilt werden, ist es wichtig, die Fragen, Anliegen und Interessen der Bevölkerung zu erkennen und zu erfassen. Nur so kann ein adressatengerechter Kommunikationsprozess gestaltet werden.

Auswahl der Beteiligten

Bei der Planung eines Verfahrens zur Standortsuche ist die richtige Auswahl

und Einbindung möglichst aller relevanten Akteure für den Erfolg oder Misserfolg entscheidend.

Je nach vorherrschenden Rahmenbedingungen (Stand der Planung, Grad der Konflikteskalation) kann die Auswahl der Beteiligten folgendermaßen vorgenommen werden:

- // über eine/n öffentlichen Aufruf/öffentliche Bekanntmachung (Amtsblatt, Lokalzeitung, Flugblatt),
- // über eine Zufallsauswahl (Gemeinderegister) oder
- // über persönliche Gespräche und „Schneeballprinzip“ (jeder ausgewählte Teilnehmer empfiehlt weitere Personen).

Wichtig ist, auf jeden Fall das Mandat, d.h. die genaue Aufgabenstellung der involvierten Parteien im Vorfeld zu klären.

An der Standortdiskussion sollten neben dem Netzbetreiber die aktiven kommunalen Interessengruppen, die örtlichen Behörden, die Politik sowie auch nicht-organisierte Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Gelingt es nicht, alle involvierten Parteien einzubeziehen, wird die ausgehandelte Lösung bzw. der spätere Standort auf Akzeptanzprobleme stoßen. Daher sollten folgende Hauptbeteiligte einbezogen werden:

- // Öffentlichkeit vor Ort: Anwohner, Bürgerinitiativen, gesellschaftlich relevante Gruppen
- // Behörden: z.B. Bauverwaltungsamt, Umweltamt, Liegenschaftsamt, Gesundheitsamt
- // Politik: z.B. Bürgermeister, Gemeinderäte, Ortschaftsräte
- // Investoren: Netzbetreiber

Darüber hinaus ist eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Sie kann zur Informationsverbreitung, zur Schärfung des Problembewusstseins und zum Erfolg des Entscheidungsprozesses wesentlich beitragen.

III Was kommunizieren?

Ein wesentlicher Bestandteil der Standortkommunikation ist die Informations- und Wissensvermittlung. Hierbei werden mehrere Ziele verfolgt:

Zum einen soll für alle Beteiligten eine Klärung der Sachlage erfolgen. Dazu sind Informationen zu vermitteln, Missverständnisse zu korrigieren und Bewertungshilfen zu geben.

Zum anderen müssen die Sichtweisen und Besorgnisse der Bevölkerung hinsichtlich der Standortplanung beachtet und die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen zu Gestaltungsvorschlägen konstruktiv beantwortet werden.

Informations- und Wissensvermittlung sollten sich dabei an der gültigen Praxis guter Kommunikation orientieren, d.h.:

- // rechtzeitig erfolgen,
- // relevant, klar und verständlich sowie
- // vollständig und maßgeschneidert (zielgruppengerecht) sein.

Kommunen als Informationsvermittler

Für die vom Bau von Mobilfunkanlagen betroffenen Städte und Gemeinden empfiehlt es sich, eine neutrale Anlaufstelle einzurichten, die

Fragen der Bürgerinnen und Bürger z.B. zu Grundinformationen über gesetzliche Richtlinien, Grenzwerte und wissenschaftliche Einschätzungen über gesundheitliche Auswirkungen beantworten oder weiterleiten kann. Sie sollte Hinweise über weitere Informationsmöglichkeiten bereit halten.

Diese Stelle kann auch für die Netzbetreiber als Ansprechpartner und Informationsquelle für gemeindespezifische Informationen dienen.

Schlüsselfragen „Was“?

- // *Welche Fragen haben die Beteiligten zur Standortsuche?*
- // *Welche Informationen hat die Bürgerschaft bisher erhalten? In welcher Form sind sie kommuniziert worden?*
- // *Haben die Bürgerinnen und Bürger eine Rückmeldung zur Planung geben können?*

Wissenschaftliche Expertise oder Befragung der Akteure vor Ort?

Ob eine wissenschaftliche Expertise zur Informations- und Verfahrensklärung notwendig und gewünscht ist, sollte im Einzelfall sorgsam abgewogen werden. Wissenschaftlich aufbereitete Informationen sind häufig für den Laien schwierig zu verstehen und werden unterschiedlich interpretiert. Auch passen sie nicht immer zu den von der Bevölkerung aufgetragenen Fragen und führen dann letztendlich noch zu größerer Unsicherheit als im Vorfeld der Bereitstellung.

Empfehlenswert ist es deshalb, die an der Standortdiskussion beteiligten Akteure nach ihren Informationsbedürfnissen konkret zu befragen. So können gezielt Informationslücken geschlossen werden.

IV Wie kommunizieren?

Wie kann eine angemessene Standortkommunikation organisiert werden? Welches Verfahren zum Dialog mit der Öffentlichkeit ist angebracht?

Kein Idealmodell, nur individuelle Lösungen

Zu diesen Fragen gibt es kein Idealmodell. Jede Standortsuche hat eine Vorgeschichte, jede Gemeinde ihre eigenen Rahmenbedingungen, jede Bürgerinitiative ihre eigenen Interessen. Daher ist es wichtig, Standortkommunikation individuell und nur fallspezifisch zu betrachten und zu planen. So ist zum Beispiel in einer Kommune eine Informationsveranstaltung zu den Planungen ausreichend, in einer anderen die Bildung einer Arbeitsgruppe und in einer dritten ist ein Runder Tisch kombiniert mit einer öffentlichen Veranstaltung das Mittel der Wahl.

Wichtig ist es zu klären, welche Kommunikationsziele im Vordergrund stehen. Soll die Öffentlichkeit informiert werden? Geht es um einen offenen Dialog mit den Bürgern? Oder geht es um die aktive Mitwirkung bei Entscheidungsvorbereitungen?

Einen Überblick über verschiedene Verfahren der Dialoggestaltung gibt folgende Tabelle. Die aufgeführten Verfahren unterscheiden sich jeweils hinsichtlich ihrer Zielsetzung und der Beteiligungsintensität:

Schlüsselfragen „Wie“?

- // *Wie ist das Stimmungsbild in der Kommune zum Mobilfunk?*
- // *Wie groß ist der Informationsbedarf zur Standortplanung? Wie kann man ihn erheben?*
- // *Was sind die Sorgen und Ängste, Bedürfnisse und Gestaltungswünsche der Bürger zum geplanten Standort?*
- // *Wie haben sich die offiziellen Stellen (wie Ämter) und kommunale Gruppen zu dem Vorhaben geäußert?*
- // *Wie fand der Meinungs-austausch bisher statt? Gab es schon Veranstaltungen oder Initiativen zum Thema Mobilfunk?*
- // *Welche Informations- und Dialogform ist für die jeweilige Situation geeignet?*

// Verfahren zur passiven Information	Pressemitteilungen, Aushänge, Postwurfsendung, Amtsblatt, Messungen/Feldstärkeprognosen, Informationsbroschüren
// Verfahren zur aktiven Information	Besichtigung, Ansprechpartner vor Ort, Expertenbefragung durch Bürger, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Standortbegehungen
// Verfahren zur Erhebung der Anliegen der Bürger und zur Ermittlung von Einwänden	Expertenbefragung durch Bürger, öffentliche Gemeinderatssitzung, Umfragen, Diskussionsgruppe, Auslegung der Planungsunterlagen
// Verfahren zur Erarbeitung und Bewertung von Optionen	Bürgerforum, Beratungsgremium, Beirat
// Verfahren zur Mitwirkung an Entscheidungen und zur Konflikt-schlichtung	Runder Tisch, Vermittlungsverfahren (Mediationsverfahren)

Konfliktstufen „von der Wahrnehmung zur Blockade“

Eine wichtige Hilfe, welche Form des Dialogs mit der Öffentlichkeit wann angebracht ist, gibt eine Einordnung des Standortkonflikts in verschiedene Stufen.

In der ersten Stufe (Wahrnehmung und Meinungsbildung), in der die Planung noch in den Anfängen steckt und der Meinungsbildungsprozess erst gerade in Gang gekommen ist, reichen in der Regel Information und Konsultation der Öffentlichkeit aus. Dabei sollten die Bürger möglichst frühzeitig über Vorhaben informiert werden und nicht erst auf Nachfrage (Verfahren zur passiven und aktiven Information).

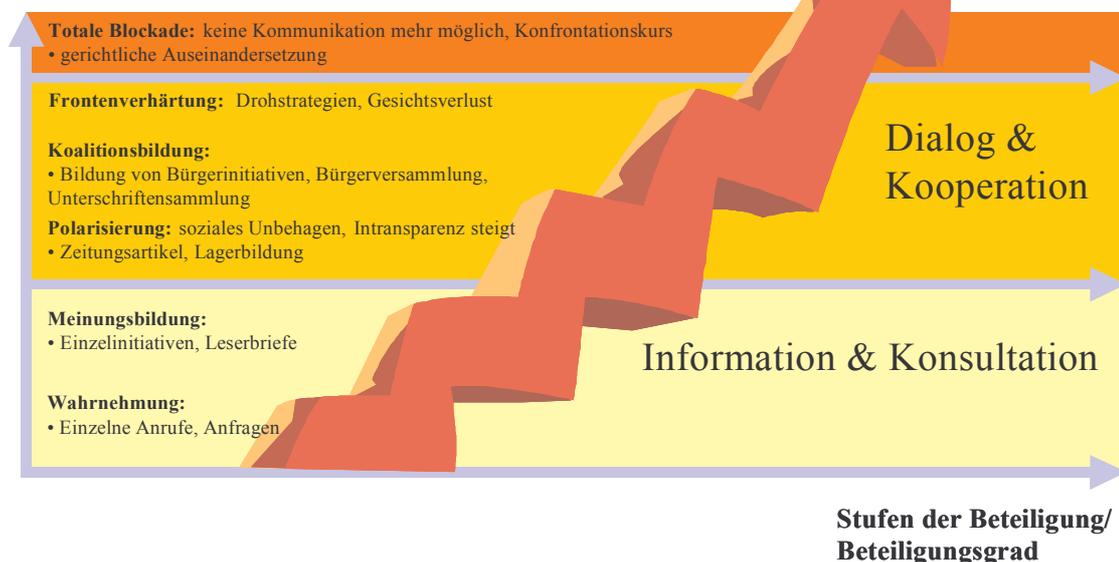
Ebenso müssen die Anliegen der Betroffenen ermittelt und deren Wünsche, Bedenken und Vorstellungen über die Eignung eines Standortes für die geplante Anlage geklärt werden (Verfahren zur Erhebung der Anliegen der Bürger und zur Ermittlung von Einwänden).

In der zweiten Konfliktstufe (Polarisierung, Koalitionsbildung und Frontenverhärtung) sind umfangreichere Dialogverfahren notwendig. Gefragt sind jetzt die aktive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Sichtweisen der Betroffenen sowie die Möglichkeit der direkten Mitwirkung an Planungs- und Entscheidungsprozessen.

Bei sich bereits verhärtenden Standortkonflikten ist der Verfahrensaufwand natürlich viel größer. Dabei muss darauf geachtet werden, ob „Aufwand und Ertrag“ noch in einem richtigen Verhältnis stehen und eine Lösung überhaupt noch möglich ist. Wie das Projekt „Runder Tisch Standortsuche in Endingen und Erzingen“ gezeigt hat, ist bei stark verhärteten Fronten ein mehrstufiges Verfahren sinnvoll. Die einzelnen Schritte dazu werden im nächsten Kapitel beschrieben.

Standortplanung Mobilfunkanlage

Konfliktstufen von der „Wahrnehmung zur Blockade“



Teil 2

Die einzelnen Verfahrensschritte: ein Fallbeispiel

Für die Durchführung einer Standortkommunikation ist ein genauer Fahrplan erforderlich. Dieser umfasst die drei Verfahrensschritte: Planung und Vorbereitung (I), Durchführung (II) sowie Umsetzung und Auswertung (III).

- /// *Im ersten Schritt* werden in einer Konfliktfeldanalyse die standort-spezifischen Rahmenbedingungen geklärt (z.B. Stand der Planung, vorhandene Interessen, Konfliktgrad). Hierzu sind Gespräche mit allen involvierten Parteien erforderlich. Erst dann kann entschieden werden, welches Kommunikationsverfahren geeignet ist.
- /// *Im zweiten Schritt* wird das ausgewählte Verfahren durchgeführt; je nach Rahmenbedingungen z.B. eine Informationsveranstaltung, ein Runder Tisch oder ein kombiniertes Verfahren.
- /// *Im dritten Schritt* geht es darum, die Umsetzung der erzielten Verfahrensergebnisse zu unterstützen, beispielsweise durch eine adressatengerechte Information an alle, die nicht direkt mitgewirkt haben, durch kommunikative Hilfestellung bei Abstimmungen oder Erörterungen der Entscheidungsträger oder durch ein weiteres Monitoring der Standortplanung. Auch sollte der gesamte Kommunikationsprozess ausgewertet und dokumentiert werden.

Um Transparenz zu gewährleisten, sollte das Verfahren von Anfang bis Ende durch eine ausgewogene Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Zur Unterstützung muss bereits in der Anfangsphase eine von allen Beteiligten akzeptierte Person resp. Institution gefunden werden, die den Kommunikationsprozess koordiniert und moderiert. Auch sollte frühzeitig eine realistische Kostenabschätzung für das gesamte Verfahren vorgenommen werden.

„Runder Tisch Standortsuche in Endingen und Erzingen“

Ein Mobilfunkbetreiber plante mehrere neue Standorte für Sendeanlagen in der Kreisstadt Balingen, so unter anderem auch in den Stadtteilen Endingen und Erzingen. Gegen das Vorhaben des Betreibers gab es in beiden Stadtteilen aktiven, in Form von Bürgerinitiativen organisierten Bürgerprotest. In den Ortschaftsräten der beiden Stadtteile wurden die vorgeschlagenen Standorte des Betreibers abgelehnt. Hierfür gab es verschiedene Gründe. In Erzingen wurde u.a. generell die Notwendigkeit eines neuen Standortes zur Ortversorgung angezweifelt. In Endingen hatten die Bürger Sorge, dass zu den bestehenden Sendemasten noch weitere Anlagen dazukommen. Zahlreiche Bürger und Kommunalvertreter fühlten sich unzureichend bei der Standortplanung informiert. Sie sahen ihre Befürchtungen und Ängste nicht genügend Ernst genommen.

Vor diesem Hintergrund wurde die Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg (TA-Akademie) vom Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg gebeten, einen Verfahrensvorschlag zur Information und Beteiligung der Öffentlichkeit zu erstellen und die Prozessbegleitung/Moderation zu übernehmen.

I Planen und Vorbereiten

Basis für die Durchführung eines geeigneten Kommunikationsverfahrens ist die Konfliktfeldanalyse. Sie muss sehr gründlich durchgeführt werden, da von ihr die Planung des weiteren Vorgehens abhängt. Einzelne Elemente sind:

- die Aufarbeitung der Standortgeschichte (Was geschah bisher?),
- die Zusammenstellung aller Sachinformationen (z.B. juristische, technische, planerische),
- die Durchführung einer Interessen- und Besorgnisanalyse (Welche Parteien sind involviert? Was sind die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger?),
- die Auswertung der lokalen Medienberichterstattung.

Praxis-Tipps

-  *Einen externen Prozesskoordinator/ Moderator suchen*
-  *Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung klären*
-  *Die relevanten Zielgruppen frühzeitig in die Planung einbinden*
-  *Rechzeitig und möglichst vollständig informieren*
-  *Den vorhandenen Finanzrahmen klären*

Diese Informationen geben ein Bild über die standortspezifische Situation und ermöglichen es, den Eskalationsgrad des Standortkonflikts zu bestimmen. Erst dann kann über die weitere Kommunikationsstrategie entschieden werden, also ob Information und Aufklärung zur Standortplanung ausreichen oder ob weitere Maßnahmen zum Dialog erforderlich sind.

In der Regel wird die Konfliktfeldanalyse von einem externen, neutralen Prozessbegleiter durchgeführt. Dieser nimmt Kontakt mit allen Beteiligten auf, bespricht mit ihnen ihre Anliegen, führt alle Informationen zusammen, wertet sie aus und

macht auf dieser Grundlage einen Vorschlag für das weitere Vorgehen. Der Prozessbegleiter sollte dann ggf. auch die Moderation des weiteren Verfahrens übernehmen. Ein guter Moderator resp. Moderatorin zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus:

- strikte Neutralität in der Sache
- Akzeptanz bei allen Beteiligten
- ausreichende Sachkenntnis („Feldkompetenz“)
- soziale Kompetenz im Umgang mit Gruppen und Individuen
- Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen
- Orientierung am Gemeinwohl

Entscheidung über das Vorgehen mit den Akteuren treffen

Die Entscheidung über das weitere Vorgehen sollte gemeinsam mit den Hauptbeteiligten (Öffentlichkeit vor Ort, Netzbetreiber, Kommunalbehörden, Gemeindevertretern) abgesprochen werden. „Top-Down“ Vorschläge oder „Schnellschüsse“ aus Zeitdruck führen nicht zum Erfolg.

„Runder Tisch Standortsuche in Endingen und Erzingen“

Zu Klärung der standortspezifischen Rahmenbedingungen führte die TA-Akademie Vorgespräche mit dem Netzbetreiber, den Vertretern der Bürgerinitiativen aus den beiden Stadtteilen, mit den jeweiligen Ortsvorstehern sowie mit dem Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt. Grundsätzlich waren alle involvierten Parteien bereit, sich auf eine gemeinsame Suche nach Alternativstandorten einzulassen.

Die Analyse zeigte, dass die Fronten, vor allem zwischen Bürgerinitiativen und Betreiber, bereits verhärteter waren als ursprünglich angenommen. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass die Standortdebatte immer wieder von grundsätzlichen Fragen zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Mobilfunks überlagert wurde (Grenzwertdiskussion).

Aufgrund der Konfliktfeldanalyse schlug die TA-Akademie schließlich ein kombiniertes Kommunikationsverfahren, bestehend aus einer öffentlichen Informationsveranstaltung und einem Runden Tisch vor. Hierbei sollten beide Standorte gleichzeitig behandelt werden. Dieser Vorschlag wurde von allen Beteiligten akzeptiert. Die Prozessbeteiligten waren auch damit einverstanden, dass die TA-Akademie die Koordination und Moderation übernehmen sollte.

II Durchführen

Steht das weitere Vorgehen fest, z.B. eine öffentliche Informationsveranstaltung und/oder ein Runder Tisch, sollten alle Schritte zügig vorbereitet und umgesetzt werden.

Information der Öffentlichkeit

Informationsveranstaltungen zur Standortplanung machen nur dann einen Sinn, wenn auch Informationsbedürfnisse vorhanden sind. So können z.B. technische Informationen vermittelt, Sachfragen geklärt oder auch Bedenken und Einwände diskutiert werden. Allerdings eignen sie sich nicht zur Schlichtung von Konflikten.

Häufig sind solche Veranstaltungen schwierig zu führen und benötigen eine feinfühlig und zielorientierte Moderation. Die Teilnehmer reden oft aneinander vorbei, und es besteht das Risiko, dass Grabenkämpfe zwischen Befürwortern und Gegnern des Mobilfunks (resp. zwischen Experten und Gegenexperten) ausgetragen werden, die in einem reinen Schlagabtausch enden. Eine sachliche Informations- und Wissensvermittlung bleibt dann auf der Strecke.

Praxis-Tipps

- /// *Frühzeitig auf die Veranstaltung aufmerksam machen (Pressemitteilung, Amtsblatt, Flugblätter)*
- /// *Organisatorisch gut vorbereiten (Räumlichkeiten, Ton und Bild, Bestuhlung, Informationsmaterial etc.)*
- /// *Die Inhalte der Veranstaltung auf die lokale Standortdebatte zuschneiden*
- /// *Regiebuch für den Ablauf der Veranstaltung erstellen*
- /// *Gesprächsregeln festlegen*
- /// *Sich auf unvorhergesehene Ereignisse einstellen*

Deshalb sind folgende Punkte wichtig:

- im Vorfeld mit den involvierten Parteien klären, was das Ziel der Veranstaltung sein soll, welche Themen im Einzelnen behandelt werden und welche nicht auf die Tagesordnung gehören,
- mit den Beteiligten absprechen, ob Sachverständige notwendig sind und wenn ja, wer einzuladen ist,
- am Ende der Veranstaltung gemeinsam mit den Akteuren das weitere Vorgehen festlegen und wenn nötig klären, wie das Mandat für die weiteren Verhandlungs- und Kommunikationsschritte aussieht.

Wichtig ist, dass die Informationsveranstaltung auf die Bedürfnisse der Teilnehmer zugeschnitten ist. Faktenvermittlung allein ist nicht geeignet, die Sorgen und Ängste der Bürger zu vermindern. Stattdessen sollte der gemeinsame Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung im Vordergrund stehen, in der die Anliegen der Bevölkerung ein offenes Ohr finden.

Runder Tisch

Runde Tische oder andere Verfahren zur Beilegung von Konflikten (z.B. Mediationsverfahren) sind sehr aufwändig. Sie benötigen eine gründliche Vorbereitungsphase sowie ein erfahrenes Moderationsteam. Ein Runder Tisch schafft die Möglichkeit zu direkten Gesprächen zwischen den beteiligten Konfliktparteien. Nach Klärung der Sachlage und der unterschiedlichen Interessen geht es darum, gemeinsam nach Kompromiss- und Einigungsmöglichkeiten zu suchen. Ziel ist, eine einvernehmliche Lösung bei der Standortsuche zu finden. Bei der Vorbereitung sind folgende Fragen zu berücksichtigen:

zwischen den beteiligten Konfliktparteien. Nach Klärung der Sachlage und der unterschiedlichen Interessen geht es darum, gemeinsam nach Kompromiss- und Einigungsmöglichkeiten zu suchen. Ziel ist, eine einvernehmliche Lösung bei der Standortsuche zu finden. Bei der Vorbereitung sind folgende Fragen zu berücksichtigen:

- Sind alle Parteien bereit, über Alternativstandorte auf einer sachlichen Grundlage zu verhandeln?
- Wie groß ist der Verhandlungsspielraum? Was sind die Grenzen?
- Welches Mandat haben die Interessensvertreter? Wie ist die Rückbindung zur eigenen Klientel geregelt?

Praxis-Tipps

- /// *Die Grundprinzipien des Dialogverfahrens genau erläutern*
- /// *Gemeinsam eine Geschäftsordnung aufstellen und Gesprächsregeln festlegen*
- /// *Eine verlässliche Terminplanung machen und den Zeitrahmen definieren*
- /// *Die (Zwischen)Ergebnisse dokumentieren und interne Sitzungsprotokolle erstellen*
- /// *Die allgemeine Informationspolitik und den Umgang mit den Medien absprechen*
- /// *Das Verfahrensziel nicht aus dem Auge verlieren*

- Wer ist der Adressat der Verhandlungsergebnisse? Wie wahrscheinlich ist ihre Umsetzung?

Das Moderationsteam unterstützt und begleitet die Teilnehmer auf dem Weg zur Lösungsfindung. Es ist für die Strukturierung und Ergebnisorientierung des Verfahrens zuständig, fasst die Ergebnisse zusammen, dokumentiert diese und hält Kontakt zu den Medien. Außerdem hat das Team die Fairness der Verhandlungen sicherzustellen und hilft bei der Überwindung von Spannungen und bei der Auflösung festgefahrener Situationen. Es ist „Hüter des Verfahrens“ und Vertrauensperson für alle Beteiligten.

Letztlich muss den Konfliktparteien jedoch klar sein, dass das Verfahren auf Freiwilligkeit beruht und die Verantwortung für den Ausgang in ihren eigenen Händen liegt.



Öffentliche Abschlussveranstaltung

In der Regel werden die Ergebnisse bzw. Empfehlungen nach Abschluss des Runden Tisches auf einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und anschließend an die zuständigen Entscheidungsträger übergeben. Um die Transparenz des Verfahrens zu erhöhen, ist es auch möglich, bereits die letzte Sitzung des Runden Tisches, in der die Standorte bewertet und verglichen werden, für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So können die Bürger die Argumentationsmuster, die zu dem einen oder anderen Alternativstandort geführt haben, besser nachvollziehen. Es besteht auch die Möglichkeit, direkt mit den Teilnehmern des Runden Tisches zu diskutieren und Fragen zu stellen.

„Runder Tisch Standortsuche in Endingen und Erzingen“

Öffentliche Informationsveranstaltung

Ziel der Veranstaltung war es, die Bürgerschaft der beiden Stadtteile über den Stand der Planung zu informieren und gemeinsam über funktechnisch mögliche Alternativstandorte zu diskutieren. Des Weiteren bestand die Gelegenheit, offene Sachfragen zu klären und bestehende Sorgen und Unsicherheiten einzubringen. Für die Diskussion waren Sachverständige zu den Themen Gesundheit, Bauplanung und Funktechnik eingeladen. Ebenso saßen die beiden Ortsvorsteher sowie Vertreter der Bürgerinitiativen, des Netzbetreibers und der Stadtverwaltung auf dem Podium.

Nach kurzen Impulsreferaten konnten Fragen gestellt werden. Die Diskussion verlief zeitweise sehr emotional und verlangte eine feinfühlige, aber auch klar und zielorientiert geführte Moderation. Immer wieder kam es zu einer Vermischung von Standortfragen und grundsätzlichen Grenzwertdiskussionen. Auch erschwerte eine gewisse Polarisierung zwischen Experten und Interessenvertretern die sachliche Auseinandersetzung. Unter diesen Umständen konnten nicht alle anstehenden Fragen geklärt werden. Um in der Sache dennoch weiter zu kommen, einigten sich die involvierten Parteien am Schluss der Veranstaltung darauf, am Runden Tisch weiter nach Standortalternativen in Endingen und Erzingen zu suchen.

Runder Tisch mit öffentlicher Abschlussitzung

Ziel des Runden Tisches war, eine einvernehmliche Lösung bei der Standortsuche zu finden. Er tagte viermal in einem Zeitraum von ca. sechs Wochen. Teilnehmer waren jeweils zwei Vertreter der involvierten Parteien. In der ersten Sitzung einigten sich die Teilnehmer auf ihre Geschäftsordnung, einzuhaltende Kommunikationsregeln sowie das weitere Vorgehen. In den nächsten beiden Sitzungen entwickelten sie Kriterien, mit denen sie die verschiedenen Mobilfunkstandorte bewerten und vergleichen konnten. Anschließend sammelten sie mögliche Standortalternativen. Folgende Bewertungskriterien wurden festgelegt:

- funktechnische Eignung der Standorte,
- zu erwartende Akzeptanz der Bevölkerung,
- Minimierung der elektrischen Feldstärke,
- Nutzung städtischer Liegenschaften,
- Wirtschaftlichkeit beim Aufbau der Sendeanlagen, sowie
- städtebauliche Verträglichkeit.

In der öffentlichen Abschlussitzung wurde die Bürgerschaft über den Verlauf des Verfahrens informiert und auf dem Weg zur Auswahl von alternativen Standorten einbezogen. Hierzu stellte der Betreiber die funktechnisch geeigneten und weniger geeigneten Standorte vor. Die Mitglieder des Runden Tisches wendeten die entwickelten Kriterien auf die Standorte an, bewerteten diese und wählten jeweils Vorzugsstandorte aus. Anschließend konnten die Bürgerinnen und Bürger die Teilnehmer des Runden Tisches zu ihrer Arbeit befragen und mit ihnen die Argumente für die einzelnen Standortalternativen diskutieren.

Das Ergebnis des Runden Tisches wurde den Ortschaftsräten der Stadtteile, die letztendlich über die Bauvorhaben des Betreibers zu entscheiden hatten, als Empfehlung übergeben.

III Umsetzen und Auswerten

Wie geht es weiter? Was geschieht jetzt mit den Ergebnissen? Das Kommunikationsverfahren ist mit der Abschlussvereinbarung noch nicht beendet. Der entscheidende Schritt steht noch aus: Werden die nicht direkt in das Verfahren einbezogenen Akteure die von ihren Vertretern ausgehandelten Standortempfehlungen akzeptieren? Dies hängt nicht nur von der Qualität der Ergebnisse ab, sondern auch ganz wesentlich davon, wie "belastbar" das Mandat der Beteiligten ist.

Um die Akzeptanz des Verhandlungsergebnisses zu erhöhen, empfiehlt es sich, bereits während des laufenden Verfahrens Anstrengungen zu unternehmen, um den Konfliktgruppen und hier vor allem den Entscheidungsträgern den Diskussionsprozess und das Verfahren transparent zu machen. Unterstützt werden kann dieser Prozess durch eine gute Pressearbeit, die verdeutlicht, dass die gefundene Lösung auch tatsächlich die unter den gegebenen Umständen beste erreichbare Lösung ist.

Um den gesamten Kommunikationsprozess zu optimieren, empfiehlt es sich, ihn abschließend nach bestimmten Qualitätskriterien auszuwerten und zu dokumentieren. Die wichtigsten Kriterien sind:

- // Fairness (z.B. angemessene Auswahl der Teilnehmer, gleiche Rechte und Pflichten für alle während des Verfahrens)
- // Transparenz (z.B. Nachvollziehbarkeit laufender Entscheidungsprozesse, frühe und fortlaufende Information)
- // Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Verfahren und den erreichten Ergebnissen (z.B. hinsichtlich Fairness und Sachdiskussionen)
- // Verhältnis von Aufwand (finanziell, zeitlich, organisatorisch) und Ergebnis
- // Realisierbarkeit der Empfehlungen (rechtlich, politisch) und Akzeptanz in der Öffentlichkeit

Praxis-Tipps

- // *Frühe und fortlaufende Information*
- // *Eine ausgewogene, auf die Verständlichkeit orientierte Pressearbeit*
- // *Auswertung und Dokumentieren des Verfahrens*
- // *Monitoring des Umsetzungsprozesses*

„Runder Tisch Standortsuche in Endingen und Erzingen“

Das Ergebnis des Runden Tisches wurde der Stadt Balingen, den Ortschaftsräten und dem technischen Ausschuss übermittelt. Die Ortschaftsräte beider Stadtteile stimmten den Empfehlungen zu. Der Betreiber will die Ergebnisse des Runden Tisches in seine weitere Planung einbeziehen und die Baugesuche für die alten Standorte zurückziehen, sobald die neuen Verträge mit der Stadt Balingen rechtskräftig sind. Das Verfahren wurde abschließend von der TA-Akademie ausgewertet und dokumentiert.

IV Begleitende Öffentlichkeitsarbeit

Praxis-Tipps

- // Lokale Presse so früh als möglich einbeziehen
- // Pressemitteilungen zeitgleich an verschiedene Medien versenden
- // Möglichst mehrere Informationskanäle verwenden (z.B. Amtsblatt, Lokalzeitung, Aushänge)

Ob eine Standortkommunikation erfolgreich ist oder nicht, hängt nicht zuletzt davon ab, wie der Entscheidungsprozess in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Von zentraler Bedeutung ist dabei, ob es den Beteiligten gelingt, Vorgehen und Ergebnisse nach „außen“ glaubwürdig zu vermitteln. Besonderes Augenmerk kommt dabei den Medien (Zeitung, Radio, Fernsehen) zu. Sie sind häufig die einzige Informationsquelle, über die sich Bürgerinnen und Bürger sowohl über das Thema als auch über den Kommunikationsprozess informieren (können). Die

Arbeit der Medien kann durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Öffentlichkeit

- // in Abstimmung mit allen Beteiligten erfolgt,
- // das gesamte Verfahren von Anfang bis Ende begleitet,
- // ausgewogen gestaltet wird, d.h. Transparenz, wenn erforderlich, aber auch Vertraulichkeit, zulässt,
- // möglichst von einer von allen Beteiligten akzeptierten und respektierten Institution/Person koordiniert wird.

„Runder Tisch Standortsuche in Edingen und Erzingen“

Im Vorfeld des Verfahrens informierte die Stadt Balingen über das Amtsblatt und die Bürgerinitiativen über Flugblätter auf die öffentliche Eröffnungsveranstaltung und Abschlussitzung des Runden Tisches.

Während des Verfahrens übernahm das Moderationsteam der TA-Akademie die inhaltliche Vorbereitung und Koordination der Pressearbeit. Nach jeder Sitzung des Runden Tisches wurde in einem Pressecommuniqué über den Stand der Arbeiten informiert. Die Mitteilung wurde inhaltlich zwischen allen Teilnehmern konsensual abgestimmt und anschließend an die verschiedenen Lokalzeitungen geschickt.

Zu Beginn und bei Abschluss des Runden Tisches wurde vom Sozialministerium Baden-Württembergs als Initiator des Modellprojektes jeweils eine Pressemitteilung verfasst, die über Hintergrund, Ziel, Teilnehmer und Ergebnis Auskunft gab.

Pressestimmen

Mobilfunk erhitzt die Gemüter

Infoveranstaltung in Erzingen gestern Abend / Bürger wollen Grundsatzfragen klären

**Bürger zeigen Masten
die Rote Karte**

Der Widerstand formiert sich

Endinger Bürger gründen Initiative zum Kampf gegen weitere Mobilfunkmasten im Ort

Minister greift Ängste der Bürger auf

Ullrich wird landesweites Modellprojekt / Dialog bei Standortwahl zum Ausbau der Mobilfunknetze

**Bürger diskutieren
über Mobilfunkmast**

Wegweisende Lösungen im Streit um Funkanlagen

Betreiber, Betroffene und Berater am runden Tisch vereint

MOBILFUNK

**Bürger können
sich einbringen**

Jetzt Klartext am runden Tisch

**Am Runden Tisch
wird weiterverhandelt**

**Runder Tisch
will morgen
Entscheidung**

Neue Standorte auf dem Tisch

MOBILFUNK / „Runder Tisch“ beendet seine Standortsuche

Gegner finden Kompromiss

Ortschaftsrat sagt Ja zum neuen Standort

Fazit

Standortkommunikation

Standortkommunikation soll dazu beitragen, eine sachliche Auseinandersetzung über Mobilfunksendeanlagen zu ermöglichen und eine Lösung für die Standortproblematik zu finden. Im Zentrum stehen hierbei:

- Aufklärung und Verbesserung des Wissens,
- Förderung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit sowie
- Konsenssuche und Konfliktschlichtung.

Standortkommunikation ist kein Wundermittel für die Lösung von Standortkonflikten. Sie führt trotz guter Vorbereitung und Durchführung nicht immer zum Erfolg. Dennoch lohnt sich der Aufwand: Durch Information und Dialog werden dem jeweiligen Standort angemessene und faire Lösungen gemeinsam erarbeitet, die der Wahrscheinlichkeit einer breiten Zustimmung der Bevölkerung erhöhen.

Für eine sach- und adressatengerechte Kommunikation sollten bei der Suche nach einem Mobilfunkstandort der genaue Zeitpunkt (wann?), die Zielgruppen (mit wem?), der Inhalt (was?) sowie die Art der Information und des Dialogs (wie?) möglichst detailliert geplant werden.

Informationsveranstaltungen

Informationsveranstaltungen sind nur dann sinnvoll, wenn auch Informationsbedürfnisse bestehen und diese im Vorfeld bekannt sind. Von daher gilt: Die Informations- und Wissensvermittlung muss klar, verständlich und auf die Bedürfnisse der betroffenen Menschen zugeschnitten sein. Ihre Sorgen und Befürchtungen sollten dabei ein offenes Ohr finden.

Dialog- und Konfliktschlichtungsverfahren

Dialog- und Konfliktschlichtungsverfahren sind gefragt, wenn ein Standortkonflikt eskaliert ist und eine einvernehmliche Lösung ohne Verhandlung nicht mehr möglich erscheint. Wichtig ist, alle relevanten Parteien frühzeitig in den Planungsprozess einzubinden sowie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verfahrens zu gewährleisten.

Grundregeln der Standortkommunikation

Für alle Informations- und Dialogmaßnahmen sind grundsätzlich folgende Punkte wichtig: sachbezogene Argumente, Offenheit und Fairness, klar benannte Kompetenzen, ein klares und mit allen Beteiligten abgestimmtes Mandat, ein abgestimmtes Vorgehen, genügend Zeit und ein genauer Zeitplan, eine adäquate Öffentlichkeitsarbeit sowie aktives Engagement aller Beteiligten.

Standortspezifische Planung und Vorgehensweise

Informations- und Dialogmaßnahmen sind immer standortspezifisch. Welches Kommunikationsverfahren geeignet ist, hängt von jeweiligen Rahmenbedingungen ab (z.B. Art der Sendeanlage, Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger, Konfliktgrad). Daher sind Vorgehensweise und erzielte Resultate, die in einem Ort erzielt werden, nur bedingt auf andere Orte übertragbar.

Literatur

- Bischoff, A., Selle, K. und H. Sinning (1995). Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Dortmund.
- Büllingen, F., Hillebrand, A. und P. Stamm (2003): Elektromagnetische Verträglichkeit zur Umwelt (EMVU) in der öffentlichen Diskussion. WIK. Bad Honnef.
- Beckmann, J. und G. Keck (2000). Beteiligungsverfahren in Theorie und Anwendung. Reihe Leitfaden. Akademie für Technikfolgenabschätzung. Stuttgart.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.) (2001): Mobilfunk und Kommunen. Technik – Gesundheit – Baurecht. DSGB. Berlin.
- Diefenbacher, H., Dobmeier, G., Hack, U., Kordecki, Kurze, K. H. und W. Wegner (2003): Mobilfunk auf dem Kirchturm? Informationen und Entscheidungshilfen für Kirchengemeinden. Iserlohn.
- Gray, P. (1999): Improving EMF Risk Communication and Management: The Need for Analysis and Deliberation. In: M.H. Repacholi; A.M. Muc (Eds.): EMF Risk Perception and Communication WHO, pp.57-77. Geneva.
- Henkel, D., Drüke, H., Reidenbach, M., Seidel und A. Schulze (2003): Verbesserung der Kooperation mit den Kommunen beim Aufbau von Mobilfunknetzen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunen und Netzbetreibern. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin.
- Hinweise und Informationen zur Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze vom 5. Juli 2001 (2003). Deutscher Städte- und Gemeindebund. Berlin.
- Kösters, W. (2002): Risikokommunikation - Wenn die Wellen überschwappen. Gesellschaftliche Grundsatzentscheidungen und kommunale Risikokommunikation am Beispiel Mobilfunk. Erfolgreiche Kommunalpolitik 5, April 2002, S. 1-40. Berlin.
- Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (Hrsg.) (2002): Kommunikation über Umweltrisiken – Zwischen Verharmlosung und Dramatisierung. Stuttgart.
- Oppermann, B. und K. Langer (2003). Umweltmediation in Theorie und Anwendung (2. Auflage). Reihe Leitfaden. Akademie für Technikfolgenabschätzung. Stuttgart.
- Carius, R. und O. Renn (2003). Partizipative Risikokommunikation. Wege zu einer risikomündigen Gesellschaft. Bundesgesundheitsbl-Gesundheitsforsch-Gesundheitsschutz, 46. 578-585. Berlin
- Renn, O., Kastenholz, H., Leiss, W., und R. Löfstedt, (2002): OECD Guidance Document on Risk Communication for Chemical Risk Management. OECD Environment, Health and Safety Publication. Series on Risk Management No. 16. Paris.
- Renn, O. (1998): The Role of Risk Communication and Public Dialogue for Improving Risk Management. Risk Decision and Policy, Vol. 3, No. 1, S. 5-30
- Revermann, C. (2003): Risiko Mobilfunk. Wissenschaftlicher Diskurs, öffentliche Debatte und politische Rahmenbedingungen. Berlin.
- Selle, K., (2000). Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Dortmund.
- P. Wiedemann et al. (2000): Risiko-kommunikation für Unternehmen. Ausschuss „Technik-Risiko-Kommunikation“. Düsseldorf.
- Wiedemann, P., Schütz, H. und A. Brüggemann (2000). Leitfaden zum Umgang mit Problemen elektromagnetischer Felder in den Kommunen. Bericht der Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik (MUT) des Forschungszentrums Jülich. <http://www.emf-risiko.de/leitfaden-emf>
- Wiedemann, P., Schütz, H., und A. Brüggemann (2002): Mobilfunk und Gesundheit. Risikobewertung im wissenschaftlichen Dialog. Jülich: Forschungszentrum Jülich. Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik.
- World Health Organization (2002): Establishing a Dialogue on Risk from Electromagnetic Fields. WHO. Geneva.

Adressen und Links: Wer weiß weiter?

Staatliche Einrichtungen

Bundesamt für Strahlenschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Willy-Brandt-Str. 5, 38226 Salzgitter
Tel.: 05341/885-0
Internet: www.bfs.de

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
Wiederholdstr. 15, 70174 Stuttgart
Tel: 0711/1849-247
Internet: www.landesgesundheitsamt.de

Landesanstalt für Umweltschutz
Baden-Württemberg
Postfach 21 07 52, 76157 Karlsruhe
Tel.: 0721/983-0
Internet: www.lfu.baden-wuerttemberg.de

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg
Postfach 10 34 39, 70029 Stuttgart
Tel.: 0711/126-0
Internet: www.uvm.baden-wuerttemberg.de

Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP)
Postfach 8001, 53175 Bonn
Tel.: 0228/14-0
Internet: www.retp.de

Sozialministerium Baden-Württemberg
Schellingstr. 15, 70174 Stuttgart
Tel: 0711-123-0
Internet: www.sozialministerium-bw.de

Gesundheits- und Strahlenschutzgremien
Strahlenschutzkommission (SSK)
Geschäftsstelle beim Bundesamt für Strahlenschutz
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn
Fax: 0228/676459
Internet: www.ssk.de

Weltgesundheitsorganisation (WHO)
CH-1211 Genf 27
Tel.: 0041/22/791-2532
Internet: www.who.int/peh-emf

Internationale Kommission für den Schutz vor nicht-ionisierenden Strahlungen (ICNIRP)
c/o Bundesamt für Strahlenschutz, Institut für Strahlenhygiene
Ingolstädter Landstr. 1,
85764 Oberschleißheim
Tel.: 089/31603-288
Internet: www.icnirp.de

Wissenschaft

Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg
Industriestr. 5, 70565 Stuttgart
Tel: 0711/9063162
Internet: www.ta-akademie.de

Forschungsgemeinschaft Funk e.V.
Rathausgasse 11a, 53111 Bonn
Tel.: 0228/72622-0
Internet: www.fgf.de

Forschungszentrum für Elektromagnetische Umweltverträglichkeit (femu)
Pauwelsstr. 20, 52074 Aachen
Tel.: 0241/807287
Internet: www.femu.rwth-aachen.de

ECOLOG-Institut für sozial-ökologische Forschung
Nieschlagstr. 26, 30449 Hannover
Tel.: 0511/9245646
Internet: www.ecolog-institut.de

Forschungszentrum Jülich GmbH
Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik (MUT)
52425 Jülich
Tel.: 02461/615890
Internet: www.emf-risiko.de

Mobilfunkanbieter

IZMF- Informationszentrum Mobilfunk e.V.
Hegelplatz 1, 10117 Berlin
Tel.: 030/2091698-0
Internet: www.izmf.de

Initiativen

Bürgerwelle e.V. – Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog
Lindenweg 1, 95643 Tirschenreuth
Tel.: 09631/795736
Internet: www.buergerwelle.de

Verbände/Institutionen

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel.: 030/77307-0
Internet: www.dstgb.de

Deutscher Städtetag
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel.: 030/37711-0
Internet: <http://www.staedtetag.de/>